

Euro-Reform-Monitor

Reformpolitik
und Haushaltssanierung
unter der Lupe

2016



DIHK

AHK

Deutsche
Auslandshandelskammern

Copyright Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber © Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. | Berlin | Brüssel

DIHK Berlin:

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:

Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon ++32-2-286 1611 | Telefax ++32-2-286 1605

Internet: www.dihk.de

Redaktion Dr. Dirk Schlotböller, schlotboeller.dirk@dihk.de
Dr. Ilja Nothnagel, nothnagel.ilja@dihk.de

Stand September 2016

Euro-Reform-Monitor

Die Eurozone befindet sich aktuell noch in einer Phase der Reformrendite. Die Euro-Staaten haben in den letzten Jahren viele Anstrengungen unternommen, viele wirtschaftsstärkende Reformen umgesetzt und ihre staatlichen Ausgaben eingedämmt. Hier zeigt sich ein wirtschaftliches Erfolgsmuster: Eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit belebt die Exporte, das zieht höhere Investitionen und Beschäftigung nach sich. In der Folge legen dann auch die Konsumausgaben wieder zu.

Einige Länder stehen heute sogar deutlich besser da, als vor der Finanzmarktkrise der Jahre 2008/2009. In Irland liegt die Wirtschaft bereits knapp 40 Prozent über Vorkrisenniveau. Auch in Frankreich liegt die wirtschaftliche Tätigkeit und die Beschäftigung höher als damals, freilich war hier der Rückgang auch nicht so stark wie anderswo. Die griechische Leistungsbilanz ist ebenso wie die portugiesische und die französische mittlerweile ausgeglichen. Spanien, Italien und Irland liefern mittlerweile sogar mehr ins Ausland als sie importieren. Die Lohnstückkosten in Griechenland, Irland und Spanien sind gesunken und die preisliche Wettbewerbsposition entsprechend gestiegen, in Portugal sind sie seit 2008 nur um zwei Prozent gestiegen, in Italien um zehn Prozent und in Frankreich um zwölf Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland sind die Lohnstückkosten seit 2008 um 18 Prozent gestiegen.

Damit hat sich die Eurozone erst einmal aus dem Größten herausgearbeitet. Doch es besteht die Gefahr, die Erholung nunmehr als Selbstläufer anzusehen. Portugal hat einige Reformmaßnahmen wieder rückgängig gemacht, die die Wirtschaft spürbar entlastet hatten und damit positiv zur Leistungsfähigkeit beigetragen haben. Dazu zählt z. B. die Wiedereinführung von vier Feiertagen. Noch immer gelingt es trotz niedriger Zinsen nicht, die ohnehin schon flexiblen Regeln des Stabilitätspakts einzuhalten – gleiches gilt für Spanien. Zur sich damit wieder verschlechternden Verschuldungssituation kommen für Staaten in Europa die Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise und den Brexit. Derzeit werden diese und andere Belastungen noch vom günstigen Öl, dem relativ schwachen Euro und den niedrigen Zinsen aufgefangen. Diese Sonderfaktoren wirken 2017 allerdings nicht mehr so stark. Das Wachstumstempo in der Eurozone von 1,5 Prozent im Jahr 2016 dürfte 2017 daher kaum zu halten sein.

Der Euro-Reform-Monitor zeigt, welche Länder welche Schritte unternommen haben und planen sowie die wichtigsten Ergebnisse. Der DIHK hat die Übersicht mit Unterstützung der Deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) zusammengestellt.



Zypern

1. Zusammenfassung:

- Wirtschaft hat Rezession 2015 überwunden, Erwerbstätigkeit wächst ebenfalls
- öffentliche Verschuldung steigt zumindest bis 2015 weiter, zumindest Wettbewerbsfähigkeit zuletzt verbessert
- Einführung einer nationalen Krankenversicherung (National Health Insurance System)
- Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) läuft am 31. März 2016 aus, Zypern bleibt aber bis voraussichtlich 2029 unter EU-Aufsicht
- umfassende Reform in der Struktur der lokalen öffentlichen Verwaltung
- Privatisierung und Vermarktlichung der Dienstleistungen des Hafens von Limassol
- Steuererhöhung, u.a. der Mehrwertsteuer von 17 auf 19 %
- Verbesserung der Anti-Geldwäschemassnahmen

2. Bisheriges Ergebnis:

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) am 31.3.2016 ausgelaufen; Euro-Gruppe berichtet über erfolgreiche Umsetzung einiger Reformen (Haushaltskonsolidierung, Strukturreform, Finanzsektor)

Zypern bleibt bis voraussichtlich 2029 unter EU-Aufsicht bzw. bis mindestens 75 % der während des Anpassungsprogramms angenommenen Kredite beglichen sind

Wachstum

- 2015: +1,6 %, zugleich +1,6 % ggü. Tiefststand (2014); -9,3 % ggü. Vorkrisenhöchststand (2008)
- Prognose IWF 2016: +1,6 %, 2017: +2,0 %

Außenhandel

- Export 2015: +1,9 % ggü. Vorjahr; +10,9 % ggü. 2009
- Import 2015: +4,0 % ggü. Vorjahr; +1,3 % ggü. 2009
- Leistungsbilanz: -5,1 % des BIP, 2008: -15,6 %

Arbeitsmarkt

- Erwerbstätigkeit: 2015 +0,9 % ggü. 2014 (Tiefststand), -10,3 % ggü. Vorkrisenhöchststand (2011)
- Arbeitslosenquote 2015: 15,0 %; Höchststand: 2014 16,1 %, Tiefststand: 2008 3,7 %

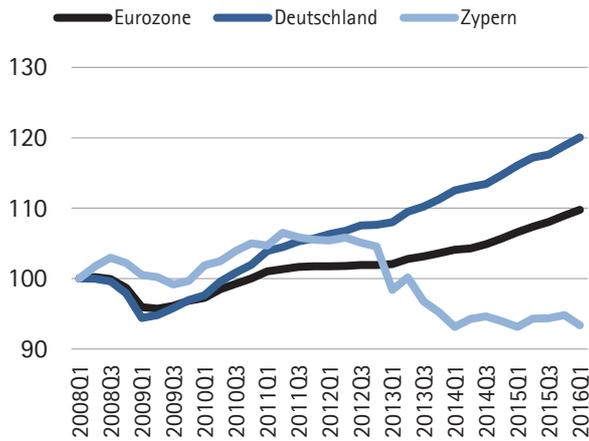
Staatsfinanzen

- Schuldenstand 2015: 108,9 % des BIP (Höchststand), Tiefststand: 2008 45,1 %
- Haushaltsdefizit 2015: -1,0 %; 2014: -8,9 %
- Ausgaben 2015: 7,2 Mrd. Euro; 2010: 8,1 Mrd. Euro
- Einnahmen 2015: 6,9 Mrd. Euro; 2010: 7,2 Mrd. Euro

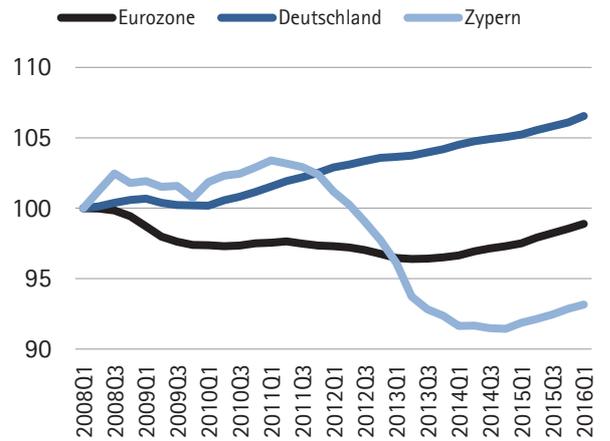
Weitere Indikatoren

- „Doing Business Ranking“ der Weltbank: 47., 2010: 40.
- „Global Competitiveness Index“ des Weltwirtschaftsforums: 65., 2009/2010: 34.
- Industrieanteil 2015: 7,9 %, 2009: 8,6 %

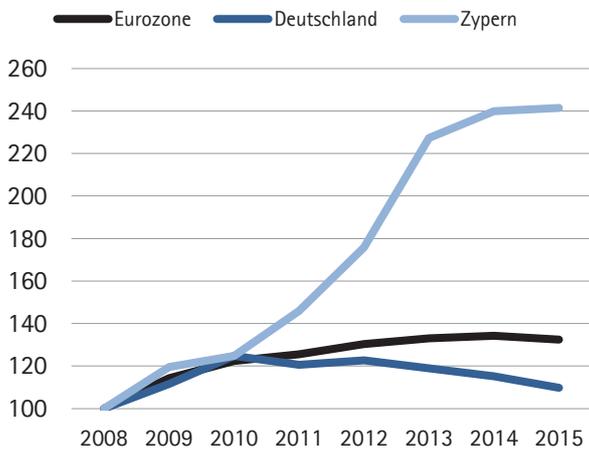
BIP-Entwicklung (2008=100)



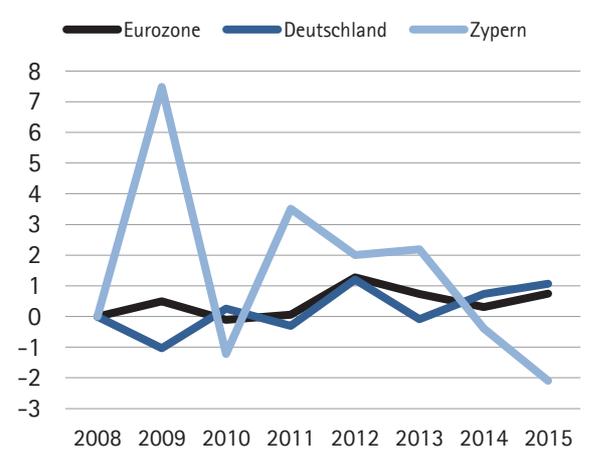
Erwerbstätige (2008=100)



Staatsverschuldung (2008=100)



Außenbeitrag (in % des BIP; 2008=0)



Erwerbstätige: Daten Eurozone/Deutschland saison- und arbeitstäglich bereinigt; Zypern saisonbereinigt

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

3. Maßnahmen:

3.1 Haushaltskonsolidierung

Ausgaben:

- Phase von drastischen Einschnitten in allen Bereichen der staatlichen Finanzen und der Wirtschaft, welche sich besonders durch die Reformen im Finanzsektor und der Abwicklung (Bail In) von Banken mit der Zwangsabgabe von Einlagen über 100.000 EUR

Öffentlicher Dienst

- Das ehemals automatische System zur Anpassung der Gehälter im öffentlichen Sektor soll ab 2017 unter der Voraussetzung positiver Wachstumsraten zu um 50 % verminderten Sätzen (50 % der Inflation) wieder einmal pro Jahr eingeführt werden.

Sozialsystem

- Die Einführung einer nationalen Krankenversicherung (National Health Insurance System). Öffentliche Krankenhäuser sollen ab 2016 eine größere Autonomie genießen.
- Reformen zum Schutz finanzschwacher Personen durch Sozialstaatleistungen und weiteren Maßnahmen, z.B. garantiertes Mindesteinkommen.

Einnahmen:

Anpassung von Steuern/Abgaben

- Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes (auf 19 %, 2014)
- Die Einführung niedriger Immobiliensteuern für Transaktionen, Steuerlast soll vom Erwerb einer Immobilie auf die Nutzung übertragen werden.

Privatisierungen

- Privatisierung der Dienstleistungen des Hafens von Limassol.
- Privatisierungsgesetz unter Berücksichtigung von Arbeitnehmerrechte auf dem Weg gebracht, Einleitung der Voraussetzungen für Privatisierungen, darunter z.B. die Telekommunikationsgesellschaft CYTA, die Elektrizitätsgesellschaft AHK

3.2 Wettbewerbsfähigkeit

Arbeitsmarkt

- Das ehemals automatische System zur Anpassung der Gehälter im privaten Sektor in Anlehnung an den öffentlichen Sektor soll ab 2017 wieder gelten. Die Anpassung soll zwei Mal zur vollen Höhe der Inflation stattfinden.

Finanzmärkte

- Einführung von besonderen Regeln zur Behandlung notleidender Kredite
- Aufhebung aller Kapitalverkehrskontrollen im Frühjahr 2015

Öffnung/Liberalisierung von Märkten für Waren und Dienstleistungen

- Liberalisierung der Öffnungszeiten der Geschäfte

Verfahren/Verwaltung

- Eine umfassende Reform in der Struktur der lokalen öffentlichen Verwaltung um die Effizienz zu erhöhen.
- Drastische Reformen hinsichtlich des Insolvenzrechts sowohl für natürliche als auch juristische Personen
- Bessere Steuereintreibung und Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuervermeidung

Unternehmensförderung, Bildung

- neue Regeln sowie Informationsaustausch zur Bekämpfung von Geldwäsche und höherer Transparenz bei den Eigentümerverhältnissen von Firmen und Trust

EU-Empfehlungen für weitere Reformen

bis Ende 2016

- Verabschiedung eines verbindlichen Mechanismus zur Begrenzung des Anstiegs der Entgelte im öffentlichen Dienst
- Verabschiedung einer bereichsübergreifenden Reform der öffentlichen Verwaltung
- Verabschiedung eines Gesetzes über die Verwaltung staatseigener Einrichtungen
- Umsetzung der Reform der lokalen Gebietskörperschaften
- Verabschiedung der Vorschriften des abgeleiteten Rechts zur Ergänzung des neuen haushaltspolitischen Rahmens
- Maßnahmen für Reduktion der notleidenden Kredite und die Bewertung der Sicherheiten im Zusammenhang mit Rückstellungen
- Schaffung eines voll einsatzfähigen Kreditregisters durch ein breiteres Spektrum von Informationen für die Gläubiger

bis Juni 2017

- Erhöhung der Effizienz und der Kapazität der Justiz
- Reform der Zivilprozessordnung
- Beseitigung der Hemmnisse für die volle Umsetzung der Insolvenz- und Zwangsvollstreckungsvorschriften
- Ressourcenausstattung der Insolvenzstelle
- Einführung von verlässlich und rasch arbeitenden Systemen zur Ausstellung von Eigentumsurkunden und zur Übertragung von Eigentumsrechten an Immobilien

Weitere Reformempfehlungen:

- Stärkung der nationalen Regulierungsbehörden
- Erhöhung der Kapazität der öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen und ihrer Leistungen für Langzeitarbeitslose
- besserer Zugang zu nicht registrierten Arbeitslosen
- Verabschiedung der Rechtsvorschriften für eine Krankenhausreform
- Förderung der geplanten Einführung einer universellen Gesundheitsversorgung
- Weiterverfolgung der Privatisierungspläne
- Beseitigung von Investitionshemmnissen
- Umsetzung des Aktionsplans für Wachstum
- Maßnahmen für einen besseren Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln